



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10598**
Datum: 03.04.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.04.2012 30.05.2012	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu
Wohnungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen
Immobilien-gesellschaft TLG**

Laut einer Pressemitteilung in der Mitteldeutschen Zeitung vom 15.03.2012 plant der Bund noch in diesem Jahr Wohnungen und Immobilien der bundeseigenen ostdeutschen Immobilien-gesellschaft TLG auch in Halle (Saale) zu verkaufen. Jährlich werden an den Bund Gewinne im zweistelligen Millionenbereich abgeführt.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

1. Wie wird der geplante Verkauf grundsätzlich bewertet?
2. Wie kann vor dem Hintergrund der Wohnungsverkäufe die öffentliche Verantwortung für eine soziale Wohnungspolitik gewährleistet bleiben?
3. In welchem Umfang muss die öffentliche Hand angesichts steigender Mietkosten und sinkender Realeinkommen einen Beitrag dafür leisten, dass alle Einkommensschichten sich gutes Wohnen zukünftig leisten können?
4. In welchen Stadtteilen hat die TLG jeweils wie viele Wohnungen, die von diesem Verkauf betroffen wären?
5. In welchen Stadtteilen hat die TLG jeweils wie viele Büro- und Gewerbeeinheiten, die von diesem Verkauf betroffen wären?

6. Wie hoch war der Wert des Immobilienvermögens der TLG in der Stadt Halle (Saale) Ende 2010, getrennt nach Wohnungen sowie nach Büro- und Gewerbeeinheiten?
7. Können nach Auffassung der Stadt Halle (Saale) durch die Verankerung einer „Sozialcharta“ in den Verkaufsverträgen die Rechte der Mieterinnen und Mieter gesichert werden?
Welche Risiken bestehen für die Betroffenen, insbesondere hinsichtlich der langfristigen und nachhaltigen Wirkung einer solchen Sozialcharta?

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

TOP: 8.2

Stadtrat am 30.05.2012

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Wohnungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen Immobiliengesellschaft TLG

Vorlagen-Nr.: V/2012/10598

Antwort der Verwaltung:

Auskunftsgemäß bewirtschaftet die TLG in Halle folgende Objekte mit insgesamt 233 Wohnungen:

Turmstraße

Pfännerhöhe

Richard-Riedel-Hof (Reihenhäuser)

insgesamt 135 Wohnungen plus ein Mieterbüro / Lutherhof

Dieselstraße

Merseburger Straße

insgesamt 46 Wohnungen

Stichelsdorfer Straße

Klepziger Straße

insgesamt 52 Wohnungen

Weiterhin werden folgende Büro- und Gewerbeeinheiten bewirtschaftet.

Böllberger Weg	Einzelhandelsimmobilie	Einheiten 01
An der Saalebahn	Gewerbeimmobilie	Einheiten 02
Brüderstr. / Gr. Steinstraße	Büroimmobilie	Einheiten 17
Hettstedter Str.	Einzelhandelsimmobilie	Einheiten 03
Wiedtkenweg	Einzelhandelsimmobilie	Einheiten 03
Merseburger Straße 4	Einzelhandelsimmobilie	Einheiten 02

Auskünfte zu Wert des Immobilienvermögens können aus geschäftspolitischen Gründen von der TLG nicht gemacht werden.

Eine Beurteilung des angedachten Immobiliengeschäftes kann mangels Kenntnis konkreter Rahmenbedingungen nicht erfolgen. Soweit es die wirtschaftliche Sicht betrifft, wird das Geschäft jedenfalls allein durch das reale Marktgeschehen bestimmt. Eine rechtliche Möglichkeit der Einflussnahme besteht für die Verwaltung hingegen nicht.

Bestehende Mietverträge gehen kraft Gesetzes auf den Erwerber über.

Soweit es die grundsätzliche Frage nach angemessenem Wohnraum betrifft, hat die Stadtverwaltung unabhängig von der gegenständlichen Veräußerung eine Untersuchung eingeleitet, mit der ein externes Institut Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft definieren wird. Erst wenn das Ergebnis dieser Untersuchung vorliegt, lässt sich eine konkret belegbare Aussage darüber treffen, ob die bisherige Einschätzung, nach der auf dem hiesigen Wohnungsmarkt derzeit noch genügend angemessener Wohnraum zur Verfügung steht, zutreffend ist.

Wolfram Neumann
Beigeordneter

TOP: Ö 8.8

Stadtrat am 25.04.2012

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Wohnungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen Immobiliengesellschaft TLG

Vorlagen-Nr.: V/2012/10598

Antwort der Verwaltung:

Die Ratsanfrage wurde in Teilen der Immobiliengesellschaft TLG mit der Bitte um Veranlassung einer Beantwortung weitergeleitet, da der Verwaltung die erforderlichen Informationen nicht zugänglich sind.

Eine Beantwortung wird für den Stadtrat Mai angestrebt.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfram Neumann
Beigeordneter